

Korschenbroich

Ein schwarzer Tag für die Stadt

VON HOLGER HINTZEN - zuletzt aktualisiert: 25.06.2010 - 11:19

Korschenbroich (RP) Grundwasserpumpen mit freiwilligen Bürgerbeiträgen zu finanzieren, kann nicht funktionieren. Davon ist Gabi Parting, Vorsitzende der Wählergemeinschaft „Die Aktive“ überzeugt. Sie befürchtet ein Debakel.

Der Landrat soll endlich sagen, wie es mit dem Pumpkonzept gegen zu hohe Grundwasserpegel weitergehen kann. Das fordern die Korschenbroicher Politiker. Was erwarten Sie als Kreistagsabgeordnete der Aktiven?

Parting Der Landrat soll am 1. Juli im Korschenbroicher Rat Auskunft geben. Ich glaube nicht, dass er das tun wird. Denn die Kreisgrundwasserkommission tagt erst am 14. Juli. Weil die das entscheidende Gremium ist, wird sich der Landrat vorher nicht äußern.

Wieso ist die Kommission beim Kreis das wichtigere Gremium?

Parting Es ist das Gremium, das bislang Gelder bereitgestellt hat, etwa für Gutachten oder Pflegemaßnahmen an Oberflächengewässern. Die Stadt war in dieser Hinsicht sehr passiv.

Der Landrat hat Wasserverbände und die NVV AG gefragt, unter welchen Bedingungen sie das Pumpkonzept umsetzen würden. Welche Antworten erwarten Sie: ein schlichtes Ja oder Nein – oder detaillierte Auskünfte?

Parting Ich erwarte detaillierte Auskünfte, dies und das können wir bauen, zu den und den Konditionen, und die Kosten betragen soundso viel. Der Nordkanalverband hat schon gesagt, dass er nicht interessiert ist. Das Problem bei den übrigen wird sein, dass sie eine finanzielle Verpflichtung von Kreis oder Stadt verlangen werden, dass ihre Kosten auf Dauer gedeckt werden. Das wird nicht funktionieren.

Weshalb?

Parting Die CDU und Bürgermeister Dick wollen freiwillige Beiträge von Bürgern. Auf freiwilliger Basis wird das aber nicht umsetzbar sein. In Herrenshoff und Raderbroich haben wir in letzter Zeit schon erlebt, dass es immer schwieriger wird, freiwillige Beiträge für die dortigen Notmaßnahmen zu bekommen.

Ein Problem ist: Wie will man sicherstellen, dass zugesagte Beiträge auch weiterhin fließen, wenn der Hausbesitzer plötzlich kein Geld mehr hat, das Haus verkauft oder vererbt.

Parting Ja, und ein weiteres Problem ist: Die Menschen haben keine Garantie, dass das Konzept funktioniert und sie am Ende auch wirklich trockene Keller haben. Außerdem: Wer soll denn genau nach Beiträgen gefragt werden?

Die Betroffenen, heißt es.

Parting Wie definiert man denn betroffen? Aus meiner Sicht sind alle Korschenbroicher betroffen, da das Grundwasserproblem dem Image der gesamten Stadt schadet. Und im schlimmsten Fall, wenn sich in vielen feuchten Häusern Schimmel bildet, müsste der Kreis die Häuser schließen, weil sie eine Gesundheitsgefahr wären. Im schlimmsten Fall wäre unter anderem auch das Kanalnetz überfordert. Beispielsweise würde am Birkenweg in Kleinenbroich das Grundwasser bis zur Oberkante des Kanaldeckels stehen. Alle Versorgungsleitungen würden dauerhaft im Wasser liegen. Schäden würden alle betreffen, Grundwasserhaltungsmaßnahmen wären zur Reparatur nötig.

Die Frage ist, für wie wahrscheinlich man solche Szenarien hält. Parting Das ist ein Worst-Case-Szenario, ja. Aber das habe nicht ich mir ausgedacht, das stammt von Professor Dr. Düllmann. Dem Gutachter in Sachen Grundwasser. Wie würden Sie denn das Pumpen finanzieren?

Parting Die Stadt plant, den Pescher Friedhof aufzuschütten und um zwei Meter höher zu legen. Die Millionen, die das kosten soll, könnte man in die Installation der Grundwasserpumpen stecken, dann wäre Korschenbroichs Anteil an den Investitionskosten schon so gut wie bezahlt. Wenn wir pumpen, brauchen wir den Friedhof nicht mehr aufzuschütten, denn dann ist er nicht mehr grundwassergefährdet.

Und die Betriebskosten, die auf unabsehbare Zeit zu zahlen sind?

Parting Die Kosten werden etwa die nächsten 80 Jahre anfallen. Dann wird es in Korschenbroich nur noch Häuser ohne Keller geben oder solche mit Gegenmaßnahmen gegen Grundwasser. Bei den Betriebskosten sind Stadt, Kreis und Land in der Pflicht. Im Rhein-Erft-Kreis gab es früh den politischen Konsens: Wir wollen gar nicht, dass der durch den Tagebau sinkende Grundwasserspiegel mit Ausgleichsmaßnahmen wieder angehoben wird. Dort werden Pumpen auf Kosten des Landes betrieben. Das gleiche Recht sollten Korschenbroicher Bürger auch haben. Denken Sie auch an das Ruhrgebiet und die sogenannten Ewigkeitskosten des Bergbaus für Grundwasserhaltung, die nicht unmittelbar von wenigen Bürgern bezahlt werden müssen.

Da das Land das Pumpen mit Steuergeldern bezahlt, bezahlen es alle Bürger – auch die, denen gar keine feuchte Keller drohen. Nach ihrer Ansicht sollten die unmittelbar betroffenen Hausbesitzer also überhaupt keine gesonderten Beiträge leisten?

Parting Richtig, denn Verursacher des Problems ist die Stadt Korschenbroich. Sie hat in den Achtziger Jahren gewusst, dass der Grundwasserpegel wieder steigen wird, aber die Bauherren mittels Ratsbeschluss nicht auf das Problem hingewiesen. RWE hat noch Anfang 2000 bestritten, dass Korschenbroich überhaupt im „Rheinbraun-Einfluss“ liegt.

Das sehen die Gerichte anders. Sie sagen: Korschenbroich habe da nichts versäumt, um mögliche Grundwasserprobleme und die entsprechende Bauweise müssten sich Bauträger und Bauherren selbst kümmern.

Parting Die Gerichte haben immer nur Einzelfälle einzelner Kläger betrachtet und die Frage der Amtshaftung nicht im Gesamten betrachtet.

Ist es gerecht, dass sämtliche Steuerzahler für ein Problem zahlen und nicht alleine diejenigen Betroffenen, die nach geltendem Recht selbst für das Problem verantwortlich sind?

Parting Das sieht Solidarität nun mal so vor. Auch Menschen, die keine Kinder haben, finanzieren Schulen und Kindergärten. Für mich bleibt die Stadt der Verursacher der Misere. Außerdem ist das Pumpkonzept ja nur ein erster Schritt für nur 900 Immobilien, der Luft verschafft, sich über andere Wege Gedanken zu machen. Warum soll nicht zum Beispiel die NVV das gesamte Trinkwasser für die Kommunen im Kreis Neuss in Korschenbroich fördern? Wir haben hier Wasser genug. RWE ist verpflichtet, mit Wassereinleitungen den Grundwasserspiegel von vor Beginn des Tagebaus wiederherzustellen. Vielleicht kann diese Verpflichtung gekippt werden. In Korschenbroich fehlt Kreativität. Bürgermeister Dick beruft sich nur auf die 80:20-Strategie und lehnt sich zurück.

Wenn nicht genug Bürger freiwillig 80 Prozent der Pumpkosten zahlen wollen, braucht die Stadt nicht den Rest zu übernehmen – und damit wäre das Pumpmodell gestorben. Was dann?

Parting Das wird meines Erachtens so kommen. Dann sind wir wieder da, wo wir vor zehn Jahren angefangen haben. Das wird ein schwarzer Tag für Korschenbroich.

© RP Online GmbH 1995 - 2010

Alle Rechte vorbehalten

Vervielfältigung nur mit Genehmigung der RP Online GmbH



Gabi Parting, Vorsitzende und Kreistagsabgeordnete der Korschenbroicher Wählergemeinschaft "Die Aktive", glaubt, dass das Pumpmodell nicht umgesetzt wird.
Foto: Wiechmann